

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

Reformplattform. Sozialliberal in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 10 / 2020

Cara Piattaforma riformista



Editorial

Veränderung: Fluch und Segen

Angst ist kein guter Ratgeber. Niemals.

Geschätzte Leserinnen und Leser

Die letzten Monate haben uns persönlich, aber auch unsere Umgebung stark verändert und geprägt. Ich hoffe, Sie und ihre Liebsten sind wohlauf und Sie konnten soweit gut in den „neuen“ Alltag zurückkehren.

Die Coronapandemie stellt auch unsere Wirtschaft vor grosse Herausforderungen. Es vergeht kein Tag, an dem man in den Medien nicht von Unternehmen und deren finanziellen Herausforderungen hört, nicht selten sind sie in ihrer Existenz bedroht. Was auffällt, meist ist von grossen Unternehmen die Sprache. Doch was ist mit den KMU – insbesondere mit den Kleinunternehmen?

Der Bund bietet zwar mit verschiedenen Massnahmen finanzielle Unterstützung an und zahlreiche Banken stellen auf unkomplizierte Art Kredite zur Verfügung. Doch gehen diese für KMU oft am Ziel vorbei und sind nicht lösungsorientiert. Beispielsweise stellen die vom Bund verbürgten Bankkredite eine schnelle notwendige Hilfe, andererseits eine zusätzliche Gefahr dar. Die Liquiditätssituation wird sich voraussichtlich weiter zuspitzen und längerfristig problematisch bleiben. Viele Unternehmen haben in der Zwischenzeit ihr Geschäftsmodell den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Kurzarbeit hilft, doch mittel- und langfristige ist auch das keine Lösung.

Mit dem Thema Kurzarbeit stellt sich für mich direkt die Frage nach den Interessen der Arbeitnehmenden. Ihre Vertretung durch Gewerkschaften oder paritätische Berufskommissionen bei KMUs ist bekanntlich schwach. Wie die Politik der letzten Jahre gezeigt hat, konzentriert man sich vor allem auf Grossunternehmen und vernachlässigt die KMU, welche die Hälfte der Arbeitsplätze in der Schweiz anbieten. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt umzudenken und zu handeln? Die Anpassung von Regulierungen an die Betriebsgrösse, die soziale Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die erleichterte Gründung von Unternehmen sowie die Einführung von regionalen Ombudsstellen für Arbeitnehmende – diese Forderungen sind aktueller als jemals zuvor. Auch die neuen durch die Digitalisierung entstandenen Arbeitsformen müssen dabei berücksichtigt werden. Es braucht die soziale Absicherung auch für diese Arbeitnehmenden. Gerne erinnere ich an unser Positionspapier zu **KMU**.

Nicht nur KMU haben zu kämpfen, sondern auch der Kunst- und Kulturbereich. Der Bund schnürte im April ein Hilfspaket von 280 Millionen Franken für Kulturschaffende, doch die Gelder fliessen nur schleppend. Den Status von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern muss geklärt werden. Es ist fatal, dass aktuell viele durch das Raster fallen oder nur mit geringen Beträgen unterstützt werden können. Hierfür bräuchte es dringend eine Lösung, wie zum Beispiel eine Art Sozialsicherungssystem für Künstlerinnen und Künstler. Die Krise verstehe ich auch als unsere Chance, das Schweizer Kultursystem nachhaltig zu verändern. Was alle Bereiche gemeinsam haben: Wie unter einem Brennglas werden Herausforderungen und Probleme sichtbar und zwingen uns zum Handeln.

Doch egal wo man hinschaut, der Mensch steht für mich im Fokus. Menschen, die durch Covid-19 in Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit geraten sind, die vorher schon in prekären finanziellen Verhältnissen gelebt haben und wo jetzt vielleicht noch der notwendige Nebenjob wegfällt. Die Angst vor einer zweiten Welle geht um. Einen zweiten Lockdown halten viele für unwahrscheinlich. Dies hängt jedoch von unserem jedes Einzelnen Verhalten ab! Seien wir weiter solidarisch, halten uns an das aktuelle Schutzkonzept des BAG und tragen Verantwortung, dass wir alle gemeinsam gestärkt aus dieser Situation kommen.

«Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.» Aristoteles

Auch die SP steht vor grossen Veränderungen! Nach vielen Jahren gibt Christian Levrat das Parteipräsidium am Parteitag vom 17. Oktober 2020 an seine NachfolgerInnen Mattea Meyer und Cédric Wermuth ab. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an Christian für sein langjähriges Engagement. Damit die weitere Zusammenarbeit nahtlos weiter gehen und ausgebaut werden kann, gab es Gespräche mit der

Fraktion, in dem die Möglichkeiten zur Berücksichtigung der Breite und Vielfalt der Partei diskutiert wurden. Die Reformplattform soll sich weiterhin als Ergänzung zur Partei stark positionieren und weiterentwickeln. Im Interview in diesem Newsletter äussern sie sich dazu. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen dem Präsidium viel Kraft und Ausdauer für das neue Amt!

Freundliche Grüsse und bleiben Sie gesund!

Yvonne Feri, Nationalrätin, Wettingen (AG)



Comittment zur SP ist entscheidend

Interview mit Cédric Wermuth und Mattea Meyer zur Rolle der Reformplattform

Mattea Meyer und Cédric Wermuth werden am 17. Oktober 2020 – voraussichtlich – das Präsidium der SP Schweiz gemeinsam übernehmen. Mattea und Cédric sind jung, leben im Kanton Aargau und Zürich, beide sind Eltern, haben die Politik früh zum Beruf gemacht, und beide haben ihre Wurzeln bei der JUSO – Cédric als Präsident und Mattea als Vizepräsidentin der JUSO Schweiz. Und so haben sie bisher auch Politik gemacht. Engagiert und pointiert links. Wie sieht das Co-Präsidium nun die Rolle der Reformplattform? Wir haben nachgefragt.

Wie stellt ihr euch zur Reformplattform. Sozialliberal in der SP?

Mattea Meyer: Die SP ist dann stark, wenn wir echte Debatten führen und unterschiedliche Sichtweisen offen und transparent einbringen. Die Reformplattform ist ein Beitrag zur parteiinternen Debatte.

Cédric Wermuth: Die sozialdemokratischen Parteien in den Nachbarländern kennen parteiinterne Gruppierungen. Ich begrüße es sehr, wenn Genoss*innen sich zusammenfinden, an Positionen arbeiten und inhaltliche Vorschläge einbringen. Ich bin aber überzeugt, dass abstrakte Diskussionen darüber, wer die besseren Sozialdemokrat*innen sind, keinen Nutzen stiften. Die Diskussion soll anhand von konkreten Vorschlägen stattfinden. Ich habe zum Beispiel die Arbeitspapiere der Reformplattform mit Interesse gelesen.

Mattea Meyer: Problematisch wird es, wenn die Debatte über einen so genannten Flügelkampf zum Zentrum der politischen Auseinandersetzung wird, und nicht die Sachthemen. Das ist zwar für die Medien attraktiv, aber nicht für die Partei. Ich habe Mühe mit einer Einteilung in „pragmatisch, kompromissfähig“ und „ideologisch, weltfremd“. Das entspricht nicht der Realität, wie ich sie erlebe. Ich selber benötige einen Werte-Kompass für meine politische Arbeit – um im konkreten Fall pragmatische Lösungen zu finden, wie aktuell für tausende Selbstständige und KMU, die wegen Corona vor dem Konkurs stehe.

Cédric Wermuth: Die SP Schweiz ist personell breit aufgestellt. Ich habe 15 Jahre an der Seite von Pascale Bruderer im Aargau politisiert. Wir beide haben diese Breite immer als Stärke der Partei erlebt. Unterschiedliche Positionen hat es immer gegeben – und wird es weiter geben. Das gehört zur DNA der Sozialdemokratischen Partei. Was wir aber spüren: Der Raum für Debatten innerhalb von Parteien ist kleiner geworden. Es ist immer gleich ein Konflikt. Wir wollen Diskussionen führen und befördern.

Gibt es für euch rote Linien für diese Debatte?

Cédric Wermuth: Natürlich gibt es zur Unternehmenssteuerreform III oder Frage von Rentenalter 65 unterschiedliche Positionen. Aber zur Frage, ob wir die AHV stärken wollen oder ob es mehr Steuergerechtigkeit braucht, gibt es einen Konsens. Mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Solidarität, das definiert uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Mattea Meyer: Die Steuervorlage 17 ist ein gutes Beispiel. Wir haben hier für ein Nein gekämpft. An der DV der SP Schweiz haben wir bekanntlich verloren. Wir sind noch am gleichen Tag mit den Befürworter*innen zusammengesessen und haben gemeinsam ein steuerpolitisches Manifest formuliert. Weil wir uns bewusst waren, dass wir das Ziel immer geteilt haben und nur über den Weg unterschiedlicher Meinung waren. Dieser einende Moment war wichtig für zukünftige Diskussionen. Und so wollen wir auch in Zukunft bei Auseinandersetzungen funktionieren.

Cédric Wermuth: Wichtig ist, dass wir uns nicht ausspielen lassen. Eine öffentliche Auseinandersetzung über Inhalte ist elementar, aber nicht über mediale Zuschreibungen.

Wie geht ihr damit um, dass SP'ler Exekutivämter haben und in ihrer Arbeit auf den ersten Blick recht weit weg von der Basis sind?

Cédric Wermuth: Unsere Regierungsrätinnen und Regierungsräte in den Kantonen leisten oft sehr gute Arbeit, meistens aus einer Minderheitsposition heraus in einem bürgerlichen Umfeld. Partei und Exekutivmitglieder haben verschiedene Rollen und Aufgaben. Die

Partei ist nicht ausführender Arm der Regierungsmitglieder – und umgekehrt. Hier wollen wir den regelmässigen Austausch stärken.

Mattea Meyer: ... und die Rollen immer wieder klären. Wir haben top Leute in Kantons- und Stadtregierungen, die wir gerne stärker einbinden möchten, für die SP.

Die SP verliert auf dem Land und in Kleinstädten, dominiert dafür in den grossen Städten. Wie können wir die Menschen dort überzeugen?

Mattea Meyer: Indem wir zeigen, was die Menschen haben, wenn sie SP wählen. Schaffen wir es, dass die sozialdemokratischen Lösungen als diejenigen Lösungen gesehen werden, die das Leben der Menschen verbessern? Wir können hier auf erfolgreiche Arbeit in den links-grünen Städten zurückgreifen: bezahlbare Kita-Plätze, verkehrsberuhigte Quartiere, hohe Lebensqualität.

Cédric Wermuth: Es gibt keine Zukunft der SP nur in den Städten. In meiner Zeit als Co-Präsident der SP Aargau konnten wir in vielen kleinen und mittleren Städten zulegen und sind zur stärksten Kraft geworden. Der alte Gegensatz hier Stadt – dort Land funktioniert in der Agglomeration nicht. Wichtig ist, wer sich für die Menschen einsetzt, egal wo sie wohnen oder was sie machen. Es ist zum Beispiel jetzt gerade die SP, die im Bundesparlament Lösungen für Selbstständigerwerbende und KMU's entwickelt und durchsetzt, während gewerbefreundliche Parteien Kleinst- und Kleinunternehmen dem Konkurs ausliefern. Wir haben nie verstanden, warum die SP hier nicht auch einen Schwerpunkt setzt und fänden es wichtig, ein linkes KMU-Netzwerk innerhalb der SP mit aufzubauen. Ohne übrigens die grosse Mehrheit der nach wie vor klassischen Lohnabhängigen zu vernachlässigen. Wir müssen zum Beispiel die Prekarisierung der Arbeit stoppen und Lösungen finden, damit auch Selbstständige durch die Sozialversicherungen geschützt sind

Wie seht ihr das, wenn eine Mandatsträgerin, ein Mandatsträger sich in der SP nicht mehr wohl fühlt, die Partei verlässt?

Mattea Meyer: Jeder und jede muss für sich die Frage beantworten: will ich weiterhin zur politischen Familie SP gehören? Das sind individuelle Entscheide, die zum Glück selten vorkommen und wenig Nachahmer finden. Das Bekenntnis, sich als Teil der politischen Familie zu fühlen, ist bei vielen stark verankert.

Cédric Wermuth: Für mich gibt es eine klare Regel. Jede Kritik ist zulässig, was nicht geht ist mit dem eigenen Parteiaustritt drohen oder jemanden den Austritt nahelegen. Wir sind schliesslich eine politische Familie. Persönlich erwarte ich, dass man sich als Mandatsträger der Debatte stellt, am richtigen Ort, in der Partei. Was nicht geht: Sich mit Unterstützung der Partei in ein Amt wählen lassen – und dann austreten. Das ist charakterlos und vor allem unanständig gegenüber all den Mitgliedern, die mit grossem Einsatz in ihrer Freizeit solche Wahlkämpfe überhaupt erst möglich machen.

Das Interview mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth wurde Mitte September in Bern von Barbara Nyffeler geführt.



Position der Reformplattform (RoP) zum Institutionellen Abkommen mit der EU (InstA)

Von Daniel Jositsch, Ständerat, Stäfa ZH

Die RoP steht hinter dem Bilateralen Weg. Sie will diesen weiterentwickeln und vertiefen. Die RoP ist daher der Auffassung, dass unbedingt - und endlich - das InstA mit der EU abgeschlossen werden muss. Dies stellt den einzigen Weg zu langfristig stabilen Beziehungen mit unserem wichtigsten Handelspartner dar. Wir sind darauf angewiesen, dass sich die Beziehungen und sektoriellen Vereinbarungen weiterentwickeln können. Insbesondere der letztgenannte Punkt kann nur via Abschluss des InstA erreicht werden.

Die materielle und formelle Ausgestaltung der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (FLAM) ist einer der zentralen Streitpunkte, welche aktuell den Abschluss des InstA behindern. Die Position der RoP orientiert sich dabei an der Tatsache, dass die EU keine Sanktionsmöglichkeiten, sondern homogene Bestimmungen anstrebt, auch wenn in der innenpolitischen Debatte zeitweise etwas anderes behauptet wird. Die beiden anderen zentralen Differenzen betreffen die Unionsbürgerschaft und die (kantonalen) Subventionen. Bezüglich dieser braucht es eine Klärung der Haltung gegenüber der Schweiz, wobei die Unionsbürgerrichtlinie bekanntlich nicht Gegenstand des InstA darstellt. Dies dürfte im Rahmen einer Präzisierung mit der EU möglich sein. Grössere Herausforderungen dürften die im InstA vorgesehenen Anpassungen der Flankierenden Massnahmen darstellen.

Die Personenfreizügigkeit führt teilweise zu Lohndruck auf dem Arbeitsmarkt und Verdrängungseffekten der bisherigen Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt. Insbesondere ist die Ausgrenzung von über 50-Jährigen aus dem Arbeitsmarkt eine Tatsache und führt auch zu migrationspolitischen Verwerfungen.

Die RoP ist der dezidierten Meinung, dass die flankierenden Lohnschutzmassnahmen FLAM, wie sie bereits mit den Bilateralen I in Inlandgesetzen verankert wurden, von ihrer Wirkung her aufrechterhalten müssen.

Aus allen diesen Gründen macht die RoP nach der Ablehnung der Begrenzungsinitiative am 27. September 2020 folgenden Vorschlag, um den Abschluss des InstA zu ermöglichen:

Der Bundesrat wird aufgefordert mit der EU eine Ergänzung des InstA auszuhandeln (formelle Ausgestaltung der Ergänzung offen), welche ein völkerrechtliches «stand still» bei der Rechtsentwicklung im Bereich der arbeitsmarktlichen Schutzmassnahmen garantiert. Ein «stand still» bedeutet, dass zwar eine dynamische Rechtsentwicklung möglich bleibt, dabei aber der qualitative Stand im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens nicht unterschritten werden darf. Mit anderen Worten: Würde die EU bessere Schutzmassnahmen beschliessen, welche den Anwendungsbereich der FLAM betreffen, so würden diese automatisch übernommen, nicht aber im Fall einer Verschlechterung der Standards.



Den Service public der Post sicherstellen – notfalls mittels Teilprivatisierung der PostFinance

Von Matthias Manz, Geschäftsführer Reformplattform, Aarau

Innert weniger Jahre hat sich die PostFinance von der Geldmaschine zum Sorgenkind der Post entwickelt. Der PostFinance sind gesetzliche Fesseln auferlegt, sie darf ihre Kundengelder nur in Wertpapieren anlegen. Mit Anlagen lässt sich aber kaum mehr Geld verdienen. Deshalb ist es dringend, dass PostFinance die von ihr verwalteten Gelder auch als Kredite und Hypotheken einsetzen kann. PostFinance muss eine normale, im Inland tätige Bank werden wie die Kantonalbanken. Die erforderlichen Eigenmittel muss der Bund als Eigentümer mit einer Kapitalisierungszusicherung abdecken. Diese Eigenmittel können mittel- bis langfristig analog der Swisscom durch eine Teilprivatisierung auf dem Kapitalmarkt beschafft werden. Der Bund muss aber die Mehrheit behalten. Dies hält die Reformplattform in ihrer Vernehmlassungsantwort an den Bundesrat

fest.

Die PostFinance, eine Tochtergesellschaft der Post AG, war bis vor wenigen Jahren die wichtigste finanzielle Stütze des Postkonzerns. Sie gerät immer mehr in Schieflage. Die einschränkenden Gesetzesbestimmungen verunmöglichen es ihr, die von ihr verwalteten Geldbeträge von rund 120 Mia. Franken als Hypotheken und Kredite auszuleihen. Sie darf die ihr anvertrauten Gelder einzig anlegen, womit in der andauernden Tiefzinsphase zu wenig Geld verdient werden kann. Die zunehmende Ertragsschwäche der PostFinance bedroht den ganzen Postkonzern und damit einen wichtigen Teil des Service public in der Schweiz. Es muss rasch eine tragfähige Lösung in diesem politisch bisher blockierten Thema umgesetzt werden.

Die Reformplattform fordert deshalb eine Revision des Postorganisationsgesetzes, damit das Geschäftsmodell der PostFinance den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden kann.

- Der PostFinance soll in Zukunft die Vergabe von Krediten und Hypotheken ermöglicht werden. Damit wird sie wie die Kantonalbanken zu einer im Inland tätigen Bank mit einem staatlichen Eigentümer.
- Der Bund soll seiner Bank in ihrem Leistungsauftrag (strategische Ziele) Vorgaben machen können, z.B. bei Krediten im Bereich Klimaschutz, beim Umgang mit den Kundendaten und bei den Rechten der Arbeitnehmenden (Gesamtarbeitsvertrag).
- Das erforderliche, noch fehlende Eigenkapital der PostFinance muss der Bund als Eigentümer mittels einer Kapitalisierungszusicherung abdecken. Zu diesem Zweck soll das Postorganisationsgesetz angepasst werden. Die Kapitalisierungszusicherung ist gegenüber dem Bund abzugelten, um eine Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden.
- Damit die Änderung des Postorganisationsgesetzes rasch beschlossen werden kann, würde die Reformplattform notfalls auch eine Teilprivatisierung von PostFinance mittragen und unterstützen, wie dies bei der Swisscom erfolgreich umgesetzt wurde. Eine Teilprivatisierung von PostFinance kann aber erst mittel- bis langfristig in Betracht gezogen werden, nachdem sich PostFinance im Kapital- und Hypothekarmarkt erfolgreich etabliert hat und private Investorinnen und Investoren zu einem finanziellen Engagement überzeugen kann.

Angesichts des grossen Volumens des Hypothekarmarkts und des nur schrittweisen Aufbaus des Portfolios von PostFinance besteht keine Gefahr, dass der Markteintritt von PostFinance diesen Markt destabilisieren könnte.

Wenn Sie diese E-Mail (an: info@reform-sp.ch) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.

info@reform-sp.ch